Grün ist

heute das Morgen gestalten

Wahlprogramm 2020

Am 13.09. in Detmold
Grün wählen

Bündnis 90 GRÜNE OV Detmold

Wahlprogramm

Kommunalwahl

2020-2025

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 4

Bilanz 9

1. Ökologische Stadtentwicklung 20

1.1 Flächenverbrauch stoppen 20

1.2 Gutes Wohnen für alle 22

1.3 Lebenswerte Innenstadt gestalten und erhalten 23

1.4 Hochschulen und Stadtgesellschaft verbinden 24

2. Neue Mobilität für alle 27

2.1 Der Straßenraum gehört allen 28

2.2 Neue Mobilität im Verbund 29

2.3 Das Fahrrad entschieden fördern 30

2.4 Die Busse haben Zukunft 31

2.5 Parkplätze sind nicht unsere Hauptsorge 33

3. Mehr Natur in Stadt und Land 34

3.1 Mehr Bäume für die Stadt 34

3.2 Arten und Lebensräume schützen 35

3.3 Gewässer sind Lebensadern 36

3.4 Die Müllflut eindämmen 37

3.5 Regionale Produkte stärken 38

3.6 Energiewende vor Ort 38

4. Bildung ist Zukunft 40

4.1 Lernen beginnt am ersten Tag 41

4.2 Grundschule ist mehr als Unterricht 42

4.3 Die weiterführenden Schulen entwickeln 43

4.4 Städtische Bildungseinrichtungen weiterentwickeln: Stadtbibliothek, Musikschule, VHS 47

4.5 Kinder und Jugendliche brauchen Raum 48

4.6 Sport fördern 50

5. Heute die Stadtgesellschaft von morgen entwickeln 52

5.1. Finanzen 52

5.2. Solidarität als Basis 53

5.3 Kultur als Lebenselixier 58

5.4 Digitalisierung als Herausforderung 61

5.5 Nachsatz 63

Kandidatinnen und Kandidaten 64

Kontakt und Impressum 68

Wir möchten mit Ihnen gemeinsam ein ökologisches, gerechtes und liebenswertes Detmold gestalten.

Vorwort

Elke Wittek

Listeplatz 1

Wahkbezirk 8

Als wir zu Beginn des Jahres 2020 begonnen haben, das GRÜNE Programm zur Kommunalwahl 2020 zu schreiben, ahnten wir alle nicht, unter welchen Bedingungen die Vorbereitung und Durchführung dieser Kommunalwahl erfolgen würde.

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben unseren Alltag seit März diesen Jahres bestimmt.

Die Kommunalwahl wird in dieser Situation stattfinden. Vieles von dem, was im folgenden Programm der Detmolder GRÜNEN steht, galt vor Corona und gilt auch danach. Die Wahlperiode des neuen Rates dauert bis zum Jahr 2025. In diesen fünf Jahren muss unsere Stadtgesellschaft viele Fragen und Probleme angehen. Dabei wollen und müssen wir auch mit den Erkenntnissen der Corona-Pandemie arbeiten:

- Wir verstehen etwas Grundsätzliches. Unser Leben in einer freien und sicheren Gesellschaft ruht auf spezifischen Grundregeln, die nicht selbstverständlich sind. Es beruht auf der Sicherung von Leib und Leben, einer guten Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, der Bildung von Menschen, der kulturellen Erweiterung unserer Horizonte und der Pflege unserer Umwelt. Dies zu sichern ist eine kollektive Aufgabe und erfordert leistungsfähige öffentliche Institutionen, ein starkes, nicht vorwiegend am Gewinn orientiertes Gesundheitssystem, verlässliche Strukturen und Dienstleistungen und nicht zuletzt menschenwürdige, sozialversicherungspflichtige Arbeitsbedingungen, ein auskömmliches Einkommen und bezahlbaren Wohnraum.

- Mit einer Gesellschaft der Singularitäten und des Egoismus wird keine Zukunft zu machen sein. Öffentliche Daseinsvorsorge im Sinne Aller ist nicht in erster Linie nationalstaatlich, sondern regional und kommunal. Nur mit starken Regionen und Kommunen haben wir vor Ort und als Europa eine Zukunft.

- Mit den ökonomischen Programmen zur Rettung von Arbeitsplätzen und zum Neustart von Konjunktur und Wirtschaft zeigt sich, dass der Staat auf all seinen Ebenen sehr wohl gegen einzelne Unternehmensinteressen und Profitgier handlungsfähig ist. Bund, Länder und Kommunen können und müssen die Vergabe öffentlicher Leistungen und Gelder an Bedingungen knüpfen. Die ökologische und nachhaltige Umgestaltung und Erneuerung unserer Wirtschaft mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen sollte eine Voraussetzung für öffentlicher Hilfen sein. Das zeigen auch die Vorkommnisse in der fleischverarbeitenden Industrie und bei den Erntehelfern im Sommer 2020.

- Digitalisierung war besonders in der Krise wichtig, vor allem als Ersatz für eingeschränkte persönliche Kontakte, im Home-Office oder Home-Schooling. Die vielen Online-Konferenzen und Videoschaltungen, der dadurch geringere Auto- und Flugverkehr hatten positive Auswirkungen auf unsere Umwelt. Digitalisierung bietet also durchaus Chancen und wird in all ihren Facetten unser Arbeitsleben, unseren Alltag und unser Zusammenleben auch zukünftig bestimmen und weiter verändern.

  Gerade Corona hat gezeigt, dass der Zugang zu digitaler Infrastruktur und Wissen in unserer Gesellschaft höchst ungleich verteilt ist. Anders als in den nordischen Ländern konnten viele Kinder online von ihren Lehrern während der Pandemie nicht erreicht werden. Es fehlt an einem durchgängigen, alltagstauglichen digitalen Konzept

für die Schulen, an einer aktuellen Ausstattung mit Hard- und Software, einheitlichen Plattformen und der ausreichenden Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer. Die Kommune muss daran mitwirken, allen Menschen Teilhabe und Zugang zu digitalen Diensten zu eröffnen und soziale Härten zu vermeiden.

- In der Krise haben viele, vor allem kleine Unternehmen, der Einzelhandel und die Gastronomie ein hohes Maß an Kreativität entwickelt. Es ist ein System aus Bestellungen per Telefon oder Internet, Abholstationen und Lieferservice entstanden. Gerade für die Unternehmen in der Innenstadt liegt in der Beibehaltung und Weiterentwicklung eines solchen Systems parallel zum stationären Betrieb eine Chance sich gegen den Online-Handel zu behaupten.

- Nicht zuletzt haben viele von uns die (leider erzwungene) Freizeit dazu genutzt, zu Fuß und mit dem Fahrrad die Schönheit und die Vielfalt unserer heimischen Natur und Landschaft kennenzulernen oder wiederzuentdecken. Wir hoffen, dass dies dazu beiträgt, die gemeinsamen Bemühungen zum Erhalt von Natur und Umwelt zu stärken.

- Der öffentliche Nahverkehr, auch der Busverkehr in Detmold, ist im Zuge von Corona in eine Krise geraten. Abstandsregelungen und Hygienevorschriften sind in vollen Bussen schwer einzuhalten. Deshalb sind viele Nutzer auf andere Verkehrsmittel umgestiegen. Wir müssen Mittel und Wege finden, den Busverkehr wieder sicher und attraktiv zu machen, aber auch die Alternative Fahrrad zu stärken.

Wir wollen die Kommunalwahl 2020 dazu nutzen, die Weichen für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft neu zu stellen. Dabei sehen wir für die zukünftige Arbeit der GRÜNEN im Rat der Stadt Detmold folgende zentrale Aufgaben:

- Der Klimaschutz, aber auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind zentrale Menschheitsaufgaben der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die Minderung der CO_2-Emissionen aus Energiegewinnung, Produktion, Wohnen und Verkehr muss in der Kommune beginnen. Auf diesem Weg ist in Detmold noch viel Luft nach oben.

- Wir brauchen eine Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr. Wir müssen unsere, vor allem am Auto orientierte Mobilität aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch zum Erhalt lebenswerter Städte verändern. Auch in Detmold hat in der Verkehrspolitik eindeutig das Auto Vorrang vor Bus, Bahn, Fahrrad und Fußgängern. In der letzten Wahlperiode wurde um das Thema Parkplätze getanzt wie um das Goldene Kalb.

- Für uns stehen die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und die Neuaufteilung des Verkehrsraumes (Autofreie Innenstadt) im Vordergrund.

- Wir wollen unsere Bäume und unser Stadtgrün besser schützen und entwickeln. Eine Baumschutzsatzung muss wieder eingeführt, die Zahl neuer Bäume deutlich erhöht werden.

- Wir brauchen einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Dazu ist es unerlässlich, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Großflächige neue Gewerbegebiete wie an der Balbrede oder ausgedehnte neue Einfamilienhausgebiete in die freie Landschaft hinein darf es nicht mehr geben. Die Innenerschließung und Verdichtung müssen im Vordergrund stehen.

- Die Biodiversität und der Artenschutz müssen verbessert werden. Die Vielfalt, Schönheit und Funktionsfähigkeit unserer Natur und Landschaft muss als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, aber auch als Erholungsraum für die Menschen erhalten und ausgebaut werden.

- Während vor einigen Jahren noch der demographische Wandel und Bevölkerungsrückgänge für Detmold um bis zu 5% als Bedrohung an der Wand standen, müssen wir uns aktuell den Herausforderungen einer wach-

senden Stadt stellen. Gründe sind u.a. die Zuwanderung von Geflüchteten und anderen Migrantinnen und Migranten und der Ausbau der Hochschulen.

- Wir alle, Ehrenamt und Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung, können stolz darauf sein, dass es in einer gemeinsamen Anstrengung gelungen ist, die bei uns Zuflucht Suchenden menschlich zu empfangen und unterzubringen. Wir wollen und müssen auch zukünftig, möglichst im Rahmen europäischer Verfahren, Menschen in Not aufnehmen. Um eine wirkliche Integration der Zugewanderten in Beruf und Stadtgesellschaft zu erreichen, bleibt auch vor Ort noch viel zu tun. Für die Stadtgesellschaft der Zukunft ist die Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine entscheidende Aufgabe. Daran müssen alle mitwirken. Dies gilt natürlich auch für die Neuankömmlinge selbst: dem Recht auf Integration steht eine Pflicht zur Integration gegenüber: grundlegende Werte unserer Gesellschaft – wie Gleichberechtigung und gesellschaftliche und religiöse Toleranz – müssen respektiert und gelebt werden.

- Gutes und erschwingliches Wohnen wird zu einer zentralen Aufgabe von Stadtentwicklung. Die Stadt Detmold muss stärker als Akteur im Wohnungsbau auftreten. Wir brauchen eine Entwicklungsstrategie für den sozialen Wohnungsbau und für gesundes, ressourcenschonendes und energieeffizientes Bauen.

- Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit durch Bildung, Kompetenzerwerb, auch digital, für gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und Bürgerbeteiligung sind für uns zentrale Schlüssel für die Entwicklung des Einzelnen und der Stadtgesellschaft.

- Auf alle Versuche von Rechten und Populisten Stimmung gegen Zuwanderer und Geflüchtete zu machen, hat es bei verschiedenen Gelegenheiten eine eindeutige und gemeinsame Antwort aller Ratsfraktionen gegeben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Konsens zur Erhaltung und Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten auch in der nächsten Wahlperiode erhalten bleibt. Die offene und demokratische Stadtgesellschaft muss verteidigt und gestärkt werden. Auch Versuchen, die Diskussion um angemessene Corona-Maßnahmen für rechtspopulistische Zwecke zu nutzen, stellen wir uns entgegen.

- Bund, Länder und auch Kommunen wie Detmold sind verschuldet. Corona und die entsprechenden Rettungsschirme, Mehrausgaben und Mindereinnahmen haben diese Lage noch verschärft. Die Frage ist: kann man angesichts dieser Situation überhaupt Investitionen und Mehrausgaben fordern? Wir GRÜNE sagen: Es ist dringend notwendig umzusteuern und verstärkt in Ökologie, Klimaschutz, Soziales, Bildung und Kultur zu investieren.

Bilanz

Bei der Kommunalwahl am 25.5. 2014 haben wir mit 11,9% der Stimmen 6 Ratsmandate von insgesamt 46 Mandaten erreicht (2009: 5 Mandate).

In den Ausschüssen sind wir seither mit jeweils 2 Mitgliedern (von meist 17 Ausschussmitgliedern) vertreten. Da die Aufgaben unserer Fraktion in den Ausschüssen zusätzlich von 16 sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden, umfasst unsere Fraktion derzeit insgesamt 22 Frauen und Männer.

Damit sind wir bislang weit von notwendigen Mehrheiten zur Umsetzung GRÜNER Ziele in Detmold entfernt. Wir brauchen Ihre Stimme.

Fraktionsvorsitzender Walter Neuling ist auch Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, Monika Ostmeier ist stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für soziale Angelegenheiten.

Mit diesem Team aus Ratsmitgliedern sowie sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern haben sich die GRÜNEN in der vergangenen Wahlperiode für Detmold engagiert und eingesetzt. (Alphabetische Liste der Fraktionsmitglieder 2014 - 2020)

Name	Mitglied im Ausschuss (A.)	Stellvertretendes Mitglied im A.
Böger, Friedhelm		A. für Schule und Sport (2. Vertretung)
Brieden-Segler, Michael	Aufsichtsrat Stadtwerke	
Brinkschmidt, Dirk	Rat A. für Tiefbau und Immobilienmanagement A. für Schule und Sport	Haupt- und Finanzausschuss Aufsichtsrat DetCon Beirat d. KiGa Georg-Weerth-Straße VHS-Beirat
Conrad, Michael	A. für Schule und Sport	A. für Tiefbau und Immobilienmanagement (2. Vertretung)
Enzensberger, Thomas	A. für städtische Betriebe Beirat SVD	A. für Stadtentwicklung
Fuest, Thomas (bis 2019)		A. für Tiefbau und Immobilienmanagement
Harmann, Frank		A. für Stadtentwicklung (2. Vertretung) A. für Tiefbau und Immobilienmanagement
Herrmann, Wulf	Rat Haupt- und Finanzausschuss Rechnungsprüfungsausschuss A. für Stadtentwicklung	Aufsichtsrat Gilde
Kirchhübel, Uta		A. für Tiefbau und Immobilienmanagement
Motadel, Iradj	Seniorenbeirat	A. für Stadtentwicklung A. für städtische Betriebe
Münchhalfen, Dieter (bis 2016)		A. für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Neuling, Walter	Rat Haupt- und Finanzausschuss Rechnungsprüfungsausschuss (Vorsitz) A. für Tiefbau und Immobilienmanagement Aufsichtsrat DetCon Abfallbeseitigungsverband Beirat des kommunalen Rechenzentrums	A. für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst Zweckverbandsversammlung Sparkasse
Niebuhr, Frank		A. für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst (2. Vertretung)
Ostmeier, Monika	Rat A. für soziale Angelegenheiten (stellvertretender Vorsitz) Jugendhilfeausschuss (stellvertretender Vorsitz) Schulkonferenzen	Haupt- und Finanzausschuss Rechnungsprüfungsausschuss A. für Schule und Sport A. für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen Beirat d. KiGa Hiddeser Berg

Plaschke, George (bis 2014)	Abfallbeseitigungsverband Seniorenbeirat Beirat d. KiGa Hiddeser Berg	Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung
Reese, Dagmar		A. für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst
Reher, Birgit		A. für Tiefbau und Immobilienmanagement (2. Vertretung) Aufsichtsrat Stadtwerke (Stellvertretungen)
Rehmann, Gudrun	Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung Beirat d. KiGa Georg-Weerth-Straße Beirat d. KiGa Jerxen-Orbke	A. für städtische Betriebe (2. Vertretung) Gleichstellungbeirat Seniorenbeirat
Sauter, Walter		A. für Stadtentwicklung (2. Vertretung) A. für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen (2. Vertretung)

Schmeißner, Karsten	Rat A. für städtische Betriebe A. für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst	Rechnungsprüfungsausschuss Städte- und Gemeindebund
Schröder, Karin	A. für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen Gleichstellungbeirat	A. für soziale Angelegenheiten (2. Vertretung) Beirat Musikschule
Seiler, Karlheinz	A. für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst	A. für soziale Angelegenheiten Abfallbeseitigungsverband
Seiler, Lukas (bis 2016)		A. für städtische Betriebe (2. Vertretung)
Trompeter, Gisela	A. für soziale Angelegenheiten Steuerungsgruppe Integration	Jugendhilfeausschuss Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung

Wächter, Moritz (bis 2016)		A. für soziale Angelegenheiten (2. Vertretung)
Walkenhorst, Thomas	Aufsichtsrat DetCon Aufsichtsrat Gilde	A. für Schule und Sport Beirat SVD
Wiersing, Michael		A. für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen
Wittek, Elke	Rat A. für Stadtentwicklung A. für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen Zweckverbandsversammlung Sparkasse Beirat Musikschule Städte- und Gemeindebund Beirat VHS	A. für soziale Angelegenheiten A. für städtische Betriebe Steuerungsgruppe Integration

In der ablaufenden Wahlperiode gab es keine Koalitionen zwischen Ratsfraktionen. Entscheidungen in Sach- und Finanzfragen wurden mit wechselnden Mehrheiten getroffen. In vielen Fällen kam es zu einer „Großen Koalition“ aus einer stark auf die Verwaltung fixierten SPD und einer konservativ orientierten CDU, die oft von FDP und Freien Wählern unterstützt wurde.

Entsprechend ernüchternd fällt die Bilanz unserer GRÜNEN Ratsarbeit aus. Zwar konnten wir gemeinsam mit anderen Parteien mehrere wichtige Projekte auf den Weg bringen und einige uns unsinnig scheinende Projekte verhindern. Es wurden aber auch immer wieder gegen unsere Stimmen Entscheidungen getroffen, die eine ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung zurückgeworfen haben.

Für einige Grüne Projekte konnten wir eine Ratsmehrheit gewinnen:

- Wiedereinführung der kostenlosen Bereitstellung von Bäumen für private Grundstücke.
- Ersatzpflanzungen für gefällte Bäume im öffentlichen Raum mindestens im Verhältnis 1:3.
- Kampagne gegen das achtlose Wegwerfen von Zigarettenkippen in der Stadt.
- „Fairtrade-Town“ Detmold.
- Einrichtung von Integrations- und Vorbereitungsklassen für zugewanderte Kinder an allen Schulformen in der Stadt.

Wir GRÜNE haben eine Reihe von Projekten unterstützt, die aus der Bürgerschaft, der Politik, der Verwaltung oder von städtischen Unternehmen vorgeschlagen und entwickelt wurden, z. B.

- die konsequente Energiepolitik der Stadtwerke. An dieser Stelle wurden die für die Wahlperiode gesteckten Klimaziele mehr als erfüllt. Dies gelang vor allem durch den konsequenten Ausbau regenerativer Energieerzeugung (Holzheizkraftwerk Horn, Photovoltaikanlage Deponie Hellsiek) und der Fernwärme.

Walter Neuling | Listeplatz 2 | Wahkbezirk 6

- den Fußgängertunnel am Kronenplatz unter der Bahn und die Erstellung einer Park-and-Ride-Anlage. Diese Maßnahmen erhöhen die Attraktivität der Bahnnutzung deutlich.
- eine ernsthafte Erörterung zur Umgestaltung des Innenstadtrings.
- die Rückkehr der Stadt Detmold als Akteur auf dem Wohnungsmarkt und die Realisierung von Sozialwohnungsprojekten an der Felix-Fechenbach-Straße und an der Richthofenstraße.
- das Entstehen eines neuen Stadtquartiers mit verschiedenen Wohnformen und Einrichtungen der Kultur- und Kreativwirtschaft auf dem Gelände der ehemaligen Britensiedlung.
- das Verbot von „Schottergärten“ in neuen Bebauungsplänen.
- die Einrichtung eines Beirates für Bürgerbeteiligung, nachdem improvisierte Beteiligungsformen am Kaiser-Wilhelm-Platz oder zum Wärmespeicher am Bahnhof gescheitert waren. Der Beirat soll künftig eine angemessene und sachgerechte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozessen gewährleisten.
- das Projekt „Werre im Fluss“, das vorbildliche Gewässerrenaturierung und Arbeitsmarktpolitik verbindet, und an verschiedenen Gewässern im Stadtgebiet fortgesetzt wird.

- den Beschluss zur Erstellung eines Konzepts gegen Obdachlosigkeit und für eine verstärkte Betreuung betroffener Bürgerinnen und Bürger.

Verhindern konnten wir in der letzten Wahlperiode gemeinsam mit anderen Parteien, dass

- in Heidenoldendorf ein großflächiger Einzelhandel mit negativen Auswirkungen auf vorhandene Geschäfte entsteht. Stattdessen entsteht jetzt ein Projekt zum Wohnen für mehrere Generationen.
- im Wald am Hermannsdenkmal eine Sommerrodelbahn entsteht.
- die Inselwiese ein „Wanderkreuz“ erhält, das aus Sicht von Natur und Landschaftsschutz verheerend gewesen wäre.
- in Detmold Elektrotretroller in großer Zahl bereitgestellt werden.

Nicht verhindern oder verbessern konnten wir, dass

- die Baumschutzsatzung abgeschafft wurde. Dies hat zu einer deutlichen Zunahme der Fällung von alten und wertvollen Bäumen im Stadtgebiet geführt.
- für das geplante Gewerbegebiet „Balbrede“ und für weitere Einfamilienhausbebauungen zusätzlicher Flächenverbrauch entsteht und Flächen aufgekauft wurden.
- das Parkhaus am Finanzamt gebaut wurde, das auf Dauer durch die Stadt subventioniert werden muss.
- zwei neue private Ersatzschulen mit negativen Auswirkungen auf die vorhandene Schulstruktur in Detmold errichtet wurden, obwohl die Stadt Bauplanungs- und privatrechtliche Möglichkeiten gehabt hätte, weitere Privatschulen zu verhindern.

- keine an den Bedarfen der Schulen orientierte Verteilung von Schulsozialarbeit zustande kam.
- das „Kaufhaus Allerhand“ geschlossen und keine Nachfolgeregelung gefunden wurde.
- im Bereich des Hermannsdenkmals durch das Wanderkompetenzzentrum, Events wie „Hermann leuchtet“ und die geplante Überdachung der Waldbühne eine aus Sicht von Natur und Landschaft fatale Nutzungsintensivierung erfolgte.

Die politische Diskussion um die Stadtentwicklung in Detmold war maßgeblich von der Diskussion um die Umgestaltung des Kaiser-Wilhelm-Platzes geprägt. Wir standen und stehen der Idee positiv gegenüber, dass dieser Platz durch Umgestaltung als zentrale Grünfläche der Stadt attraktiver wird. Die intensive Bürgerbeteiligung hat auch gute Ideen und Konzepte erbracht, die dann aber aus finanziellen Gründen nur teilweise oder gar nicht umgesetzt wurden. Diese Form von Bürgerbeteiligung führte zu Enttäuschung, Frustration und Verärgerung und hoffentlich zu der Erkenntnis, dass bei einem ehrlichen Beteiligungsverfahren von Anfang an mit offenen Karten gespielt werden muss.

Mit der Fokussierung auf die Zahl der Parkplätze in der Innenstadt lief die Diskussion schließlich aus dem Ruder. Noch immer sind 14 alte wertvolle Lindenbäume in Gefahr, für Parkplätze gefällt zu werden.

GRÜNE Politik für Detmold 2020 - 2025

Die Bilanz zeigt deutlich: Zur Umsetzung GRÜNER Ziele und einer GRÜNEN Kommunalpolitik brauchen wir eine starke GRÜNE Fraktion im Rat, stärker als die der vergangenen Wahlperiode.

„Politik beginnt vor Ort“: Mit dem folgenden Programm für die Wahlperiode 2020-2025 stellen wir GRÜNE unsere Ziele und Vorstellungen einer zukünftigen Entwicklung der Stadt Detmold vor.

1. Ökologische Stadtentwicklung

Die Stadt Detmold erfüllt für ihre Einwohner und Besucher die unterschiedlichsten Aufgaben. Sie bietet auf engem Raum ein Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Dabei sorgt sie selbst für ein Angebot an Wohnraum, Schulen, Kindergärten, Verwaltungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Gleichzeitig versucht sie, Betrieben optimale Bedingungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen, angepasst an die Anforderungen einer modernen Gesellschaft, aber begrenzt durch die endlichen Ressourcen vor allem von Boden, Wasser, Luft und Energie.

Eine Stadt ist auch Naturraum, bei allem Zuschnitt auf die Bedürfnisse des Menschen. Der behutsame und vorausschauende Umgang mit allen natürlichen Ressourcen zeichnet eine vernünftige Stadtentwicklung aus und nicht der kurzfristige Effekt.

Das übergeordnete Ziel, die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, bedingt die verschiedenen Aufgaben der Stadt. Diese Ziele können jedoch nicht isoliert verfolgt werden. Alle sind eng miteinander verbunden, sie stehen zueinander in Abhängigkeit. Grüne Stadtentwicklungspolitik ist deshalb ganzheitlich. Sie orientiert sich an Oberzielen und beurteilt Maßnahmen immer nach ihren Wechselbeziehungen, ihrer Langfristig- und Nachhaltigkeit.

1.1 Flächenverbrauch stoppen

Im neuen Landesentwicklungsplan ist das zunächst angedachte Ziel, die tägliche Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche in NRW auf fünf Hektar zu begrenzen, fatalerweise nicht mehr enthalten. Alle Naturschutzverbände kritisieren dies aufs Schärfste. Ohne Einschränkung wird der dauerhafte Verlust an Böden für die Landwirtschaft, für den Aufwuchs von Pflanzen, die CO2 binden und einen Lebensraum für Tiere und Freiraum für Menschen bilden, in Kauf genommen. Jede weitere versiegelte Fläche erhöht die Gefahr,

Wulf Herrmann, Uta Bellion, Uta Kirchhübel, Klaus Michael

dass die Grundwasserbildung nicht mehr in ausreichendem Maß erfolgen kann.

Auch in Detmold werden weiterhin Baugebiete in die freie Landschaft geplant, so als wäre die Ressource Boden unendlich vorhanden. Aber ein „Weiter so“ ist realitätsfremd, wie jeder mittlerweile an den Folgen des Klimawandels erkennen kann.

Wir treten dafür ein, dass

- der Ratsbeschluss, keine Wohnbauflächen auf der ‚Grünen Wiese' mehr auszuweisen, konsequent umgesetzt wird.
- ein gleichlautender Beschluss für Gewerbe- und Industrieflächen gefasst wird, d.h. keine neuen Gewerbeflächenausweisungen in der freien Landschaft und ggf. die Rücknahme solcher Flächen.
- mehrgeschossiges und verdichtetes Bauen bei Gewerbe- und Parkflächen Vorrang hat.
- die Vergabe von städtischen Flächen an Gewerbebetriebe nur noch in Erbpacht erfolgt, damit nach einer möglichen Stilllegung des Gewerbes keine langfristige Brache entsteht. Die Stadt behält so Einfluss auf die weitere Nutzung.

- Bauwünsche für Wohnen und Gewerbe konsequent auf Baulandreserven im überplanten Innenbereich gerichtet werden. Detmold hat noch über 1.000 Bauflächen für Wohnen, dazu das Britenviertel und ein großes Potenzial an Häusern, bei denen ein Generationenwechsel ansteht. Brachflächen und Bauruinen für Gewerbe warten auf neue Nutzer. Eine bessere Verfügbarkeit muss ermöglicht werden, z.B. durch ein Flächenmanagement (Ankauf von Flächen) durch die Stadt selbst.

Wulf Herrmann

Listeplatz 4

Wahkbezirk 1

Kreistagswahlbezirk Detmold V

1.2 Gutes Wohnen für alle

Eine gute Wohnung ist kein Luxusgut, sondern eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Die Stadt Detmold trägt durch Bauleitplanung, Baugenehmigungen und Wohnumfeldgestaltung, aber auch durch Förderung und Vergabe von Sozialleistungen zur Erfüllung dieses Anspruchs bei.

Zukunftsfähige Wohnungspolitik muss quantitativ und qualitativ gedacht werden. Wichtig sind dabei Barrierefreiheit, energetische Ausstattung und der Mietpreis. Besonderen Einfluss kann die Stadt auf städtische Flächen nehmen, die sie selbst entwickelt, z.B. die ehemalige Britensiedlung entlang der Siegfriedstraße, die ein Schwerpunkt der Stadtentwicklung der nächsten Jahre sein wird.

Wir treten dafür ein, dass

- mehr sozialer Wohnungsbau in städtischer Regie erfolgt. Flächen sind genug vorhanden, z.B. die ehemalige Britensiedlung und der ehemalige Pinneichensportplatz.

- alternative und genossenschaftliche Wohnbauprojekte unterstützt und gefördert werden.
- die Entwicklung der ehemaligen Britensiedlung sowie alle weiteren zukünftigen Baugebiete nach sozialen, städtebaulichen und ökologischen Kriterien erfolgen. Wichtig ist eine Mischung der zukünftigen Bewohnerschaft nach sozialen Gesichtspunkten, damit keine sozialen Brennpunkte entstehen.
- mehr Dach- und Fassadenbegrünungen gefördert werden.

1.3 Lebenswerte Innenstadt gestalten und erhalten

Ein Schwerpunkt GRÜNER Stadtentwicklungspolitik ist die Detmolder Kernstadt. Handel und Wohnen, Fuß-, Rad- und motorisierter Verkehr, Aufenthaltsräume und Wegeverbindungen, diese Themen stehen im Fokus und sind zudem jeweils eng miteinander verbunden. Einzelhändler und Bewohner sind auf eine Erschließung, auf Be- und Entladestellen und Parkplätze angewiesen. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt steigt für Bewohner, Gewerbetreibende und Besucher andererseits deutlich ohne motorisierten Verkehr, ohne zugeparkte Straßen und Plätze und durch mehr Ruhezonen und Grün.

Wir treten dafür ein, dass

- die Kernstadt zwischen Paulinen-/Hornscher Straße, Leopoldstraße und Rosental/Bismarck-

straße weitestgehend autofrei wird. Die in diesem inneren Bereich vorhandenen Straßen sollen zurückgebaut werden und lediglich Ladezonen (keine Parkbereiche) enthalten. Für Härtefälle bei Anwohnern und Besuchern (körperlich eingeschränkte Menschen) werden Ausnahmeregelungen getroffen.

- die Belieferung für Einzelhändler und Gastronomen ausschließlich emissionsarm erfolgt.
- deutlich mehr Fahrradabstellmöglichkeiten in der Kernstadt auch auf dann nicht mehr benötigten Kfz-Parkplätzen geschaffen werden.
- reserviertes Anwohnerparken nur an zentralen Parkplätzen/-häusern möglich wird (z.B. neues Parkhaus Lustgarten, neues Parkhaus Hornsches Tor, Parkplatz Bezirksregierung).
- neue, attraktive Aufenthaltsbereiche/Ruhezonen auf den nicht mehr für den Verkehr und Parken benötigten Flächen entstehen, die gleichzeitig neue Standorte für Bäume oder anderes Grün sein können.
- die Umgestaltung/Renovierung der Fußgängerzone(n) mit deutlich mehr Bäumen als bisher realisiert wird.

1.4 Hochschulen und Stadtgesellschaft verbinden

Die Stadt Detmold entwickelt sich zusehends zu einem Hochschulstandort. Die Detmolder GRÜNEN begrüßen und unterstützen diese Entwicklung.

- Die Hochschule für Musik ist eine Einrichtung von nationaler und internationaler Bedeutung. Studierende aus aller Welt gehören seit über 70 Jahren zum Stadtbild und sind ein unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt geworden.
- Mit dem Ausbau der Technischen Hochschule OWL erweitert sich das wissenschaftliche Spektrum in Detmold. Insbesondere die Fachrichtungen Architektur, Städtebau und Innen-

Birgit Reher | Listeplatz 11 | Wahkbezirk 23

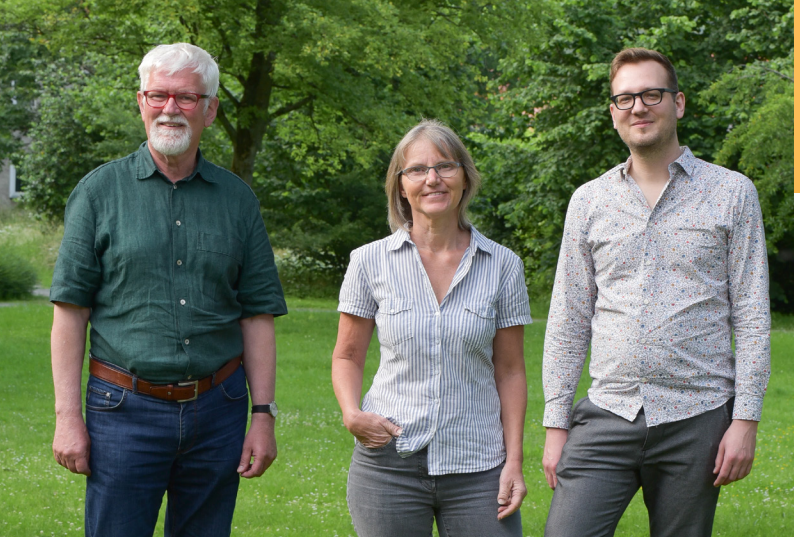
architektur bereichern mit ihren kreativen Potenzialen die Stadtentwicklung in Detmold.

- Durch die Ansiedlung des Fachbereichs Medienproduktion an der Bielefelder Straße und dem angrenzend geplanten Kreativ-Campus bietet sich die Chance, die Stadt Detmold auch zu einem Standort der Kreativwirtschaft zu entwickeln. Hiermit eröffnen sich neue kulturelle und wirtschaftliche Möglichkeiten.
- Mit dem Aufbau einer medizinischen Fakultät an der Uni Bielefeld wird das Klinikum in Detmold Ausbildungskrankenhaus für angehende Medizinerinnen und Mediziner und zu einem Ort der Forschung.

Der Ausbau der Hochschulen bietet Detmold und der Region Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung und ist ein Standortvorteil. Die Entwicklung von Teilen der ehemaligen Britensiedlung an der Siegfriedstraße zum Quartier für Künstlerinnen, Künstler und kreative Unternehmen kann diese Entwicklung fördern.

Wir begrüßen es, dass verstärkt Hochschulangehörige in städtebauliche Projekte einbezogen werden. Dabei ist es uns wichtig, die Ideen und Vorschläge nicht als Sandkastenspiele, sondern als ernsthafte Beiträge zur Entwicklung von Stadt und Stadtgesellschaft zu würdigen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Detmold, auch in Zusammenarbeit mit örtlichen Arbeitgebern, möglichst vielen Hochschulabsolventinnen und -absolventen eine berufliche Perspektive ermöglicht.



Walter Neuling, Birgit Reher, Benjamin Dally

Gerade die Kreativwirtschaft setzt auf die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Sie braucht eine Stadtgesellschaft mit starker kultureller Ausrichtung wie sie in Detmold gegeben ist. Auch die Medienproduktion bietet Raum für kreative Wirtschaftsideen.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Gilde" muss sich in diesem Marktsegment neu orientieren. Dabei sollten die spezifischen Bedingungen von Startups in der Kreativwirtschaft und die Unterstützung und Förderung junger Unternehmen als Ausgliederung aus oder im Anschluss an die Hochschulausbildung ins Zentrum der Tätigkeit rücken.

Wir treten dafür ein, dass

- die Stadt Detmold eine am Bedarf der Hochschulen und der Studierenden entsprechende Infrastruktur wie bezahlbaren Wohnraum bereitstellt oder fördert.
- sichere Verkehrswege, vor allem für Radfahrer, zwischen den Hochschulstandorten geschaffen werden.
- eine gute ÖPNV-Anbindung zum Campus in Lemgo und zu den Unis Bielefeld und Paderborn bereitgestellt wird.
- Räume für gemeinsames Lernen und Arbeiten (Co-Working-Spaces) unterstützt werden.
- Kultureinrichtungen, Gastronomie, Einzelhandel und die Wohnungsbauunternehmen in einen Prozess der Vernetzung mit den Hochschulen einbezogen werden.

2. Neue Mobilität für alle

Die Art und Weise, wie wir zukünftig das Verhältnis von motorisiertem und nicht motorisierten Individualverkehr und öffentlichem Verkehr gestalten, ist von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz und die Lebensqualität in unseren Städten.

In den vergangenen 70 Jahren ist das Auto zu unserem Haupttransportmittel geworden. Andere Fortbewegungsformen und -mittel sind verdrängt oder führen ein Nischendasein. Entsprechend sehen unsere öffentlichen Straßenräume aus. Vorrangig wird Platz für Autos und deren Abstellmöglichkeiten geschaffen. Radfahrer, Fußgänger, Kinderwagen, Rollstühle und auch Bäume und Stadtgrün werden in den noch verbleibenden Restraum verschoben.

Auch in Detmold orientiert sich Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung vorrangig am Autoverkehr und dem damit notwendigen Parken.

Das Grundproblem ist:

- Der motorisierte Individualverkehr einschließlich LKW erstickt an sich selbst, egal ob elektrisch oder benzinbetrieben. Stau, Stillstand und steigende CO_2-Emissionen sind die Folge.
- Zu viel Blech auf zu wenig Raum beeinträchtigt die Attraktivität und Lebensqualität in der Stadt.
- Das Erreichen notwendiger Klimaziele ist nur möglich, wenn der CO_2-Ausstoß des Verkehrs deutlich abgesenkt wird.

Dabei erkennen viele Menschen inzwischen, dass besonders auf kurzen Strecken das Fahrrad oder der Fußweg eine echte Alternative zum Auto sind und die Bewegung an der frischen Luft ihre Gesundheit und Lebensqualität verbessert.

Ziel GRÜNER Politik ist es, die Verkehrswege für das Fahrrad und die Fußwege so sicher und attraktiv zu machen, dass es gelingt, den PKW-Anteil in der Nahmobilität bis zwei Kilometer deutlich zu senken. Dies gilt besonders für unsere Kinder und Jugendlichen auf dem Weg von und zur Schule.

2.1 Der Straßenraum gehört allen

Künftig wird es darauf ankommen, den vorhandenen Verkehrsraum neu aufzuteilen und so zu gestalten, dass die bisher benachteiligten Verkehrsarten die gleichen Chancen wie das Auto erhalten.

Alle Maßnahmen zur Verbesserung und Attraktivitätssteigerung des Radfahrens oder des Busfahrens als Alternative zum Auto setzen voraus, dass diese Fortbewegungsmittel den entsprechenden gleichberechtigten Straßenraum haben und nicht in der Blechlawine stecken bleiben.

Wir treten dafür ein, dass

- die Innenstadt autofrei wird (s. Kapitel 1.3 „Ökologische Stadtentwicklung“).
- der Innenstadtring so umgebaut wird, dass durch Führung des PKW-Verkehrs im Einbahnverkehr der Straßenraum so umgebaut werden kann, so dass Busse, Radfahrer und Fußgänger gleichberechtigt sind und Platz für Bäume entsteht.
- dort, wo der Busverkehr beschleunigt und erleichtert werden kann, Busspuren und Vorrangregelungen installiert werden.
- Radverkehrsbedarfsstreifen auf allen dafür zulässigen Fahrbahnen markiert werden.
- pro Jahr in der kommenden Wahlperiode mindestens drei Fahrradstraßen eingerichtet werden, in denen der Radverkehr Vorrang vor dem PKW-Verkehr hat.
- dort, wo es rechtlich möglich ist, Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit in der Stadt wird, um die Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer zu erhöhen.

2.2 Neue Mobilität im Verbund

Neue Mobilität besteht auch darin, nicht vom Start bis zum Ziel das gleiche Verkehrsmittel zu nutzen, sondern entsprechend der Situation und des Angebots bequem das Verkehrsmittel zu wechseln.

Für den Kreis Lippe und die Stadt Detmold ist die Eisenbahn zur Anbindung an die Räume Bielefeld, Paderborn und Herford von zentraler Bedeutung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass sich die Stadt Detmold gemeinsam mit anderen Städten, z.B. Lemgo, für einen echten Halbstundentakt auf der Strecke nach Bielefeld engagiert.

Zudem müssen Modelle des Car-Sharings oder des Verleihs von E-Bikes aus ihrem Nischendasein heraus.

Für den Wechsel des Verkehrsmittels, z.B. Auto-Bus, Fahrrad-Bus, Fahrrad-Auto-Bahn, Leihfahrzeuge muss eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Das bedeutet z.B. Parkplätze für Park and Ride, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, Angebote von Car-Sharing und Ladestellen für E-Mobilität.

Der Rat der Stadt Detmold hat die Einrichtung von vier solchen „Mobilpunkten“ in Detmold beschlossen. Den gedanklichen Ansatz befürworten wir. Allerdings glauben wir, dass die gewünschte Effektivität von der Auswahl der Standorte und den angebotenen Wechselmöglichkeiten abhängt. Die Planungen werden wir kritisch überprüfen.

Benjamin Dally | Listeplatz 12 | Wahkbezirk 17

2.3 Das Fahrrad entschieden fördern

Das Fahrrad sollte als Hauptverkehrsmittel für Nah- und Mitteldistanzen anerkannt und die Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, in der kommenden Wahlperiode den Verkehrsmittelanteil des Fahrrades in Detmold von aktuell etwa 8% auf ca.15% zu verdoppeln. Wir unterstützen die Ziele der Fahrrad-AG, die sich für einen „Radentscheid" in Detmold einsetzt.

Wir treten dafür ein, dass

- sichere und attraktive Radwege aus den Ortsteilen ins Zentrum unter besonderer Berücksichtigung der E-Mobilität gebaut werden.
- Kreuzungen und Kreisverkehre für Radfahrer sicherer werden.
- Ampelschaltungen und Aufstellflächen vor Ampeln für Radfahrer optimiert werden.
- alle Radverkehrsanlagen auf hohem Niveau gepflegt und unterhalten werden.
- ein umfassender Ausbau von Fahrradstellplätzen an öffentlichen Gebäuden und im Verkehrsraum erfolgt.
- PKW-Parkplätze insbesondere in der Innenstadt kurzfristig in Fahrradstellplätze unter besonderer Berücksichtigung von Abstellmöglichkeiten für Lastenfahrräder und Fahrradanhänger umgewandelt werden.
- die Stadt Detmold für Fahrradabstellanlagen im privaten, insbesondere auch gewerblichen Raum wirbt.

2.4 Die Busse haben Zukunft

Die Corona-Pandemie im Jahr 2020 hat im öffentlichen Nahverkehr negative Spuren hinterlassen. Der große Vorteil des öffentlichen Nah- und auch Fernverkehrs, eine große Anzahl von Menschen schnell, sicher und energieeffizient zu befördern, hat sich unter den Hygiene- und Abstandsvorschriften als Nachteil erwiesen. Die SVD hat entsprechende Fahrgastreduzierungen und Schutzmaßnahmen durchgeführt, die zu erheblichen finanziellen Verlusten geführt haben.

Wir GRÜNE setzen darauf, dass ein solches hoffentlich solitäres Ereignis die positiven Entwicklungen im ÖPNV nicht in Frage stellt.

Mit den Stadtbussen der SVD verfügt Detmold über ein Nahverkehrsangebot, das schon heute besser ist als das vergleichbarer Städte. Mit dem quantitativen und qualitativen Ausbau dieses Bussystems kann eine echte Alternative zur Automobilität in Detmold entstehen. Dabei steht für uns GRÜNE die Verbesserung des qualitativen Angebots im Vordergrund. Hierzu gehört auch eine dauerhafte Etablierung von Hygienestandards in den Bussen. Auch die Preisgestaltung ist wichtig für die Nutzungsakzeptanz.

Wir treten dafür ein, dass

- die großen Gewerbegebiete in das Liniennetz einbezogen werden.
- die Betriebszeiten der Busse von Montag bis Sonntag auf den Zeitraum 5 Uhr bis 23 Uhr ausgeweitet werden.
- die Taktung in der Regel 15 Minuten, maximal 30 Minuten beträgt.
- die Systeme der Anforderungsfahrten ausgebaut werden (Anrufsammeltaxi, On-demand-Verkehre, Fahrzeugverleih).
- die vorhandenen Dieselbusse im Verlauf der Wahlperiode weitgehend durch schadstoffarme und schadstofffreie Fahrzeuge ersetzt werden.

- das bisherige Einzelticket durch ein Tagesticket zum Preis von 2,- € ersetzt wird.

- die Benutzung der Busse an Samstagen kostenfrei wird. Der Stadtverkehr Detmold ist eng mit den Buslinien der KVG im Kreisgebiet Lippe vernetzt. Aus unserer Sicht ist es ein wichtiges Ziel, mehr Berufstätige aus den umliegenden Städten und Gemeinden für die Fahrt mit dem Bus zum Arbeitsplatz zu gewinnen. Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode gemeinsam mit der Kreistagsfraktion der GRÜNEN für Verbesserungen wie die Ausdehnung der Betriebszeiten, bessere Taktung und Linienführung, Einbeziehung von Anforderungsfahrten (on-demand) und vor allem das Tarifsystem und die Preisgestaltung einsetzen. Es muss einfacher und billiger werden, aus den Umlandkommunen nach Detmold und zurückzukommen.

Die finanziellen Verluste im Zusammenhang mit Corona können die öffentlichen Verkehrsunternehmen nicht allein tragen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass das Land NRW und der Bund dauerhaft die Investitionen und Betriebskosten des Öffentlichen Nahverkehrs besser als in der Vergangenheit fördern.

Wir treten dafür ein, dass

- die Ticketpreise und Tarifsysteme in Stadt und Kreis angeglichen werden.

- gemeinsame Info-Systeme/Apps ausgebaut werden.

2.5 Parkplätze sind nicht unsere Hauptsorge

Die bewirtschafteten Parkplätze in Detmold sind im Schnitt zu 60% ausgelastet. In Verbindung mit den von uns geforderten Verbesserungen für Radfahrer und den Nahverkehr besteht kein Bedarf an weiteren Parkplätzen in der Innenstadt und deren Umfeld.

Uta Bellion

Listenplatz 5

Wahlbezirk 18

Vielmehr treten wir für eine auto- und parkplatzfreie Innenstadt ein (s. Kapitel 1.3 „Ökologische Stadtentwicklung“). Zur Beschleunigung und Attraktivitätssteigerung des Busverkehrs und des Radfahrens wird es notwendig sein, an einigen Stellen Parkplätze zurückzunehmen.

Wir treten dafür ein, dass

- die Stadt Detmold eine Stellplatzsatzung erarbeitet, die für Neubauten und Umnutzungen von Gebäuden verbindliche Vorgaben für die zu errichtenden Fahrrad- und PKW-Stellplätze macht.

- ein mögliches Ersatzgebäude für das Parkhaus Lustgarten in erster Linie dem Anwohnerparken Innenstadt, als Sharing-Station für Fahrzeuge aller Art und als Logistikzentrum für die Läden der Innenstadt dient.

- auf den knappen Gewerbeflächen nicht riesige Flächenanteile für Mitarbeiterparkplätze verwendet werden. Wir treten für zentrale Lösungen/Parkhäuser mehrerer Firmen oder Integration der Parkplätze in die Produktionsgebäude ein (Unter/Überbauung).

- die Parkgebühren mindestens so hoch bemessen sind, dass alle mit dem Parken verbundenen Kosten auch für die Nutzung öffentlicher Flächen abgedeckt sind.

3. Mehr Natur in Stadt und Land

„Wir haben diese Erde von unseren Kindern nur geborgt." Dieses Motto aus den Anfängen der GRÜNEN bestimmt auch heute noch unsere Verantwortung für Natur und Umwelt. Stadtgrün, Natur- und Artenschutz, Biodiversität und nachhaltiger Umgang mit der Ressource Boden sind ein zentrales Handlungsfeld GRÜNER Kommunalpolitik.

3.1 Mehr Bäume für die Stadt

Der ökologische Wert der innerstädtischen Freiflächen und der Bäume in der Stadt hat in den letzten Jahren durch die Detmolder Politik und Verwaltung nur geringe Wertschätzung erfahren. Häufig war das Fällen eines Baumes die „einfache Lösung", wenn der Baum vermeintlich „im Wege stand". Die Diskussion um den Erhalt der Linden am Kaiser-Wilhelm-Platz ist hier nur die Spitze des Eisbergs.

Grün in der Stadt leistet aber einen überaus wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels. Um uns vor zunehmender Hitze und den Folgen von Starkregen zu schützen, brauchen wir Bäume und Grün in der Stadt. Die Entwicklung des Stadtgrüns für die Aufenthalts- und Lebensqualität, die Biodiversität und den Artenschutz waren und sind wichtige Anliegen GRÜNER Politik.

Wir treten dafür ein, dass

- der Schutz des Baumbestandes bei allen Planungen und Ausführung von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum eine hohe Priorität bekommt.
- wieder eine Baumschutzsatzung eingeführt wird.
- Ersatzpflanzungen für gefällte Bäume möglichst nah am alten Standort und über das beschlossene Maß von 3:1 hinaus erfolgen.
- ein Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft vor allem bei Wohnbaumaßnahmen zukünftig nur noch auf öffentlichen Flächen, möglichst direkt im Baugebiet und nicht auf der „grünen Wiese" erfolgt.
- die Aktion zur Baumvergabe an Bürgerinnen und Bürger fortgesetzt wird.
- Dach- und Fassadenbegrünungen gefördert werden.
- Flächenversiegelung, z.B. durch „Schottergärten" und „Kiesbeete" im öffentlichen und privaten Raum verhindert wird.

3.2 Arten und Lebensräume schützen

Wir wollen die Vielfalt der Natur und den Reichtum ihrer Arten flächendeckend schützen. Dabei spielt die Vernetzung von Lebensräumen und eine an den Zielen der Biodiversität ausgerichtete Nutzung der öffentlichen Flächen eine wichtige Rolle.

Wir treten dafür ein, dass

- geeignete Landwirtschaftliche Flächen im Eigentum der Stadt für Zwecke des Biotop- und Artenschutzes und für Aufforstungen genutzt werden.
- eine Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen nur unter Verzicht des Pächters auf Biozide (z.B. Glyphosat) erfolgt.

Walter Sauter | Listenplatz 18 | Wahlbezirk 19 Kreiswahlbezirk Detmold VI

- sich die Pflege öffentlicher Grünflächen an den Zielen des Artenschutzes und der Biodiversität orientiert.

3.3 Gewässer sind Lebensadern

Die Bäche und kleinen Flüsse im Stadtgebiet sind Lebensräume und Vernetzungslinien für Pflanzen und Tiere. Sie prägen das Bild unserer Kulturlandschaft. Gewässer haben eine hohe Bedeutung für das Stadtbild und die Erholung in der Landschaft. Sie tragen zur Lebensqualität bei. Wir wollen Biotopentwicklung, Hochwasserschutz und die Schaffung attraktiver Lebensräume miteinander verbinden.

Wir treten dafür ein, dass

- die Renaturierungsmaßnahmen an den Bächen im Stadtgebiet und der Werre verstärkt fortgesetzt werden.
- Bürgerinnen und Bürger, vor allem Kinder und Jugendliche, bei Fragen zur Umwandlung von Gewässern einbezogen werden.
- das geplante Rückhaltebecken mit dem Straßenneubau an der Wiembecke durch Renaturierung und Schaffung von Überflutungsflächen überflüssig wird.
- die Versickerung von Niederschlagswasser Vorrang vor der Kanalentwässerung bekommt und auf privaten Grundstücken erleichtert wird.

- überflüssige Versiegelungen oder Versiegelungen auf Brachflächen zur Abflussverzögerung und Grundwasserneubildung beseitigt werden.

3.4 Die Müllflut eindämmen

Eine konsequente Abfallwirtschaft schützt die Umwelt und hilft natürliche Ressourcen durch Recycling zu schonen. Dies gilt insbesondere für die Eindämmung der Plastikflut und der für alle Gewässer gefährlichen Zigarettenkippen.

Wir stellen nicht ohne Stolz fest, dass, insbesondere durch beharrliches Arbeiten der GRÜNEN, heute eine Reduzierung und Trennung der Müllmengen in einer Weise selbstverständlich geworden ist, die vor 30 Jahren niemand für möglich hielt. Auf der anderen Seite „erfinden“ wir Menschen laufend neue Müllquellen. So wurden im letzten Jahr in Deutschland 4.000 Tonnen Kaffeekapseln entsorgt oder Millionen Coffee-to-go-Becher ausgegeben und damit wertvolle Rohstoffe verschwendet.

Wir treten dafür ein, dass

- der begonnene Weg, weg von Plastiktüten im Einzelhandel und auf dem Wochenmarkt, fortgesetzt wird.
- eine Förderung von Pfand- und Mehrfachnutzungssystemen insbesondere im Getränkebereich und der Gastronomie erfolgt.
- die Wertstoffrückgewinnung bereits bei der Sammlung von Abfällen einen höheren Stellenwert bekommt.

3.5 Regionale Produkte stärken

Wir GRÜNE stehen für eine regional verankerte und ökologische Landwirtschaft. Wir wollen regionale Netzwerke bei der Produktion und dem Vertrieb von Lebensmitteln stärken.

Wir treten dafür ein, dass

- in allen Küchen, auf die die Stadt Detmold Einfluss hat, regionale und ökologisch erzeugte Lebensmittel eingesetzt werden.
- regionale Wirtschaftsverbünde wie „Lippe Qualität“ oder „SoLaWi“ und die biologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe im Stadtgebiet gestärkt werden.

3.6 Energiewende vor Ort

Der Kommune kommt eine zentrale Aufgabe zur Umsetzung der Energiewende zu. Ziel der Detmolder Politik muss es sein, Detmold klimaneutral zu entwickeln. Die GRÜNEN Detmold wollen dieses Ziel bis 2040 erreichen.

Die Stadtwerke Detmold sind neben dem Engagement aller Bürgerinnen und Bürger ein zentrales Element der Energiewende.

Als kommunaler Produzent, Einkäufer und Verteiler von Strom, Wärme, Gas und Wasser können die Stadtwerke ohne fossile und atomare Kraftwerksaltlasten die Energiewende lokal gestalten. Dies geschieht bereits heute zu großen Teilen. So wird im Strommix der Stadtwerke weder Atomstrom noch Kohle eingesetzt. Durch den Aufbau von Fernwärme, die überwiegend durch Holz, Biogas und Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wird, konnten die CO2-Emissionen in den letzten 10 Jahren erheblich gesenkt werden. Dieser Weg soll fortgesetzt werden.

Auf Beschluss des Rates haben die Stadtwerke ein eigenständiges Klimaschutzprogramm 2020 beschlossen, dieses in den letzten Jahren konsequent umgesetzt und die gesteckten Klimaziele/ CO2-Einsparungen erreicht. Dieses Programm muss nun fortgeschrieben werden mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040.

Zentrale Aufgabe der kommenden Wahlperiode wird der weitere Ausbau der Fernwärme und das weitestgehende Zurückdrängen fossiler Energieträger in der Gebäudeheizung sein. Zudem muss der Einsatz erneuerbarer Energien für Strom- und Wärmeerzeugung in Detmold ausgebaut werden.

Wir treten dafür ein, dass

- die Stadtwerke kurzfristig ein Klimaschutzprogramm 2040 auflegen mit dem Ziel der Klimaneutralität.
- der gesamte mit Wärmeleitungen belegte Stadtbereich überwiegend mit Fernwärme versorgt wird und nur noch im Ausnahmefall Öl- oder Gasheizungen zum Einsatz kommen. Es muss ein Rückbaukonzept für das dort vorhandene Gasleitungsnetz erarbeitet werden.
- die Fernwärmeversorgung in die Ortsteile mit höherem Wärmebedarf ausgeweitet wird.
- in den nicht fernwärmeversorgten Stadtgebieten die Bürgerinnen und Bürger bei der Heizungsumrüstung, z.B. auf Wärmepumpen, solarthermische Anlagen oder holzbefeuerte Anlagen unterstützt werden.
- auf allen geeigneten Dachflächen öffentlicher Gebäude Photovoltaikanlagen installiert werden.
- die Stadt eine leistungsfähige Energieberatung anbietet, entsprechende Investitionen fördert und bei den eigenen Gebäuden weiter mit gutem Beispiel vorangeht.
- beim Grundstücksverkauf und bei städtebaulichen Verträgen eine besonders energiesparende Bauweise und aktive Nutzung von Sonnenenergie verpflichtend wird.

4. Bildung ist Zukunft

Die Stadt Detmold ist als Schul- und Kitaträger verantwortlich dafür, alle Schulen und Kitas so auszustatten, dass eine hohe Qualität des Unterrichts/der Betreuung möglich wird und eine größtmögliche Chancengleichheit der Kinder in Detmold erreicht werden kann. Daher unterstützen die Detmolder GRÜNEN das staatliche Bildungs- und Schulsystem und sehen sehr kritisch, dass Einrichtungen und Schulen in privater Trägerschaft immer stärker in Konkurrenz zu städtischen treten.

Die im Wesentlichen ebenfalls staatlich finanzierten Privatschulen sollten daher nicht noch durch politische Entscheidungen gefördert werden, wie es beim Grundstücksverkauf an den Christlichen Schulverein und der Ausnahmegenehmigung für die Errichtung eines Neubaus der Peter-Gläsel-Schule im Gewerbegebiet geschehen ist.

Gerade in Detmold ist die Zahl der Kinder, die eine private Einrichtung besuchen, extrem hoch. Eltern wählen eine private Kita oder Schule, weil sie dort eine bessere räumliche Ausstattung, eine geschütztere Atmosphäre oder innovative Konzepte vermuten. Das widerspricht dem Ziel der Integration und verkennt, dass die inhaltliche Ausrichtung, die Unterrichtsgestaltung und das pädagogische Personal der staatlichen Schulen und Kitas ein ebenso hochwertiges Angebot darstellen. Umso wichtiger ist es, die staatlichen Kitas und Schulen finanziell gut auszustatten und ein lernförderliches und lebenswertes Umfeld zu schaffen.

Neben den erforderlichen finanziellen Mitteln setzt gute schulische Bildung auch voraus, dass die Stadt Detmold mehr Personal für die Umsetzung von schulischen Bau- und Sanierungsmaßnahmen sowie Digitalisierung einsetzt. In Schulen und Kitas ist das Personal für die Instandhaltung (Hausmeisterinnen und Hausmeister) aufzustocken.

Seit über 25 Jahren ist in der Verwaltung eine Beigeordnetenstelle für den Bereich „Bildung, Kultur und Soziales“ nicht besetzt.

Friedhelm Böger, Dr. Birgit Meyer-Ehlert, Michael Conrad

Wir treten dafür ein, dass

- eine klare Verankerung der Bildung in der Verwaltungsstruktur der Stadt erfolgt.
- ausreichend personelle Ressourcen für die Verwaltung von Kitas und Schulen bereitgestellt werden.
- die finanziellen Mittel für Schulbauten über laufende Förderprogramme hinaus aufgestockt werden.

4.1 Lernen beginnt am ersten Tag

Lernen in der Kita ist immer auch Beziehungsarbeit. Das erfordert Personal, das entsprechend der verantwortungsvollen Aufgabe angemessen vergütet wird, einen entsprechenden Personalschlüssel, personelle Kontinuität und feste Tagesstrukturen. Außerdem muss das kommunale Angebot an Kindertageseinrichtungen den Bedarfen der Eltern Rechnung tragen. Dazu gehören ausreichende Öffnungszeiten – auch in den Ferien – und eine flexible Wahlmöglichkeit bei den Betreuungszeiten. Das Angebot qualifizierter Tagesmütter ist für die Versorgung der Kinder darüber hinaus unerlässlich.

Nur so lassen sich Familie und Beruf miteinander vereinbaren und zeitgemäße Formen des Familien- und Zusammenlebens verwirklichen.

Für alle von der Stadt geförderten Tageseinrichtungen müssen – unabhängig vom Träger – einheitlich hohe Qualitätsstandards gelten, die nach-

gewiesen und stetig weiterentwickelt werden. Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher und die Einbeziehung der Eltern gehören für die GRÜNEN notwendigerweise dazu.

Wir treten dafür ein, dass

- bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kitas gewährleistet werden.
- das frühkindliche Lernen, z.B. durch Sprachförderung, regelmäßige Qualifizierung des Personals, etc. und eine anregende Spiel- und Lernatmosphäre unterstützt werden.
- alle Anbieter auf einheitliche Standards der Kinderbetreuung verpflichtet werden.
- die Kitas finanziell, baulich und personell gut ausgestattet sind.
- Angebote einer kommunalen Familienbildung vorgehalten werden.

4.2 Grundschule ist mehr als Unterricht

Besonders das Lernen in der Grundschule bedarf einer Umgebung, die den Kindern eine anregende Lernatmosphäre bietet und ein Ort zum Wohlfühlen ist. Je länger sich die Schülerinnen und Schüler in der Schule aufhalten, desto wichtiger wird die Aufenthaltsqualität für alle Beteiligten. Dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und die nötigen Finanzmittel bereitzustellen, ist Aufgabe der Kommune.

Alle Grundschulen sollen dabei nach ihren jeweiligen Bedarfen entwickelt werden. Vor allem die Schulen, die sich den Herausforderungen von Integration und Inklusion stellen, müssen besondere Berücksichtigung finden.

Daher begrüßen die GRÜNEN ausdrücklich den Beschluss des Stadtrates, dass die Bachschule 2020 mit kleineren Eingangsklassen starten kann, um der Heterogenität ihrer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden.

Das Bildungshaus Weerthschule hat für uns GRÜNE ebenso eine konzeptionelle Vorbildfunktion, die die besondere Förderung räumlich, organisatorisch und personell rechtfertigt.

Das Angebot „Offene Ganztagsschule“ (OGS) hat sich in den letzten Jahren den Bedarfen gemäß stetig erweitert, zum Teil auch in gebundener Form. Diese Entwicklung verlangt, dass die Grundschulen räumlich und personell ausreichend ausgestattet sind. Neben dem Um- und Ausbau und der Personalaufstockung ist den GRÜNEN die Qualität der Angebote besonders wichtig, denn individuelle Förderung ist eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler. Deshalb haben wir den hohen städtischen Zuschuss zum Betrieb der OGSen immer befürwortet.

Ein transparentes Qualitätsmanagement für die Angebote der OGS an allen Grundschulen ist notwendig. Die GRÜNEN haben bei der Entwicklung von Qualitätskriterien für die OGSen aktiv mitgearbeitet. Diese Kriterien gilt es umzusetzen und stetig weiterzuentwickeln.

Wir treten dafür ein, dass

- die Grundschulen für eine qualitativ hochwertige OGS ertüchtigt werden und so ein echtes Ganztagsschulangebot entstehen kann.
- die baulichen Voraussetzungen für zeitgemäßes Lernen geschaffen werden.
- Integration und Inklusion besonders unterstützt werden.
- auch an Grundschulen Sozialarbeit bedarfsgerecht verteilt wird.

4.3 Die weiterführenden Schulen entwickeln

Detmold bietet im Sekundarbereich eine vielfältige Schullandschaft. Schulformen und Schulprofile geben Eltern und Schülerinnen und Schülern Auswahlmöglichkeiten. Die GRÜNEN setzen sich traditi-

Friedhelm Böger

Listenplatz 10

Wahlbezirk 4

onell für ein längeres gemeinsames Lernen ein und befürworten den Ausbau solcher Schulformen. Im bestehenden dreigliedrigen System von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien muss auf eine bedarfsgerechte und gerechte Entwicklung geachtet werden. Das gilt für die Instandsetzung und Renovierung ebenso wie für Erweiterungsbauten. Schulentwicklung muss gezielt und gleichberechtigt die Stärken, Leistungen und Profile der einzelnen Schulen unterstützen. Der neue Schulentwicklungsplan ist dafür ein wichtiger Anhaltspunkt.

Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule schultert seit Jahren engagiert eine Vielzahl von Herausforderungen (langes gemeinsames Lernen, inklusive Lerngruppen, Integration von Geflüchteten). Investitionen müssen dieses wichtige Angebot bevorzugt unterstützen. Gleiches gilt für die Bedarfe einer Ganztagsschule.

Zur gerechten Entwicklung gehört es auch, die Schulen einer Schulform gleichermaßen zu unterstützen. Die zweimalige Abweichung von der Vierzügigkeit aller drei Gymnasien zugunsten einer fünften Eingangsklasse am Leopoldinum (Leo) haben die GRÜNEN deshalb nicht mitgetragen. Im Leo führte diese Entscheidung zu vermeidbarer zusätzlicher Raumnot, im Stadtgymnasium entstanden hingegen sehr kleine Jahrgänge.

Alle Schulen haben gemeinsam die Aufgabe, besondere Herausforderungen in der Stadtgesellschaft, z.B. die Integration, zu meistern. Mit diesem Argument haben wir 2016 dafür gesorgt, dass die Internationalen Vorbereitungsklassen im Zuge der großen Zahl an Geflüchteten auf alle weiterführenden Schulen verteilt wurden. Die Schwierigkeiten bei der Integration der Schülerinnen und Schüler in das Regelsystem machen aber deutlich, dass insbesondere Gymnasien nur bedingt dazu geeignet sind.

Auch die Inklusion war nach GRÜNER Position von allen Schulformen zu schultern. Es hat sich aber herausgestellt, dass Inklusion nicht an jeder Schule sinnvoll umzusetzen ist. Gerade im selektiven dreigliedrigen Schulsystem ist Inklusion eher von Beginn an ein Widerspruch. So ist die Geschwister-Scholl-Gesamtschule mit ihrem Konzept der individuellen Förderung in heterogenen Gruppen der natürliche Vorreiter von Inklusion.

Dr. Birgit Meyer-Ehlert | Listenplatz 3 | Wahlkreis 5

Die GRÜNEN begrüßen ausdrücklich, dass sich neben der Gesamtschule auch die Realschule I und das Leopoldinum dieser Aufgabe stellen. Diese Schulen gilt es räumlich und personell in besonderer Weise auszustatten. Zu berücksichtigen bleibt, wie sich der Elternwille nach inklusiver Beschulung entwickeln wird. Die Wahlfreiheit zu gewährleisten muss Ziel kommunalen Handelns sein.

Schulsozialarbeit gehört – das Lernen begleitend – zum Schulleben jeder Detmolder Schule. Um besonderen Anforderungen an einzelnen Schulen begegnen zu können, muss Schulsozialarbeit bedarfsgerecht eingesetzt werden. Die GRÜNEN waren in der Vergangenheit mit der beschlossenen Verteilung nicht einverstanden, die sich zu wenig an den tatsächlichen Herausforderungen einzelner Schulen mit sehr heterogener Schülerschaft orientierte. Das Gießkannenprinzip ist bei begrenzten Ressourcen wenig hilfreich.

Nicht nur, aber besonders an weiterführenden Schulen sind eine aktuelle, umfassende digitale Ausstattung, einheitliche und praxistaugliche Plattformen, innovative Konzepte, ein gelebter digitaler Unterrichtsalltag mit entsprechendem Equipment und Kenntnissen bei Lehrerinnen, Lehrern, Schülerinnen und Schülern in der heuti-

gen Zeit unerlässlich. Gerade die Coronakrise hat den derzeitigen Flickenteppich an mangelnder digitaler Ausstattung und Vernetzung, den Mangel an einheitlichen digitalen Konzepten und die fehlenden Kenntnisse digitaler Angebote deutlich gemacht. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und Migranten trifft dies besonders. Sie verfügen nicht über einen häuslichen Computer bzw. über Internet und konnten in Zeiten der Kontaktsperre nicht oder nur schwer erreicht werden.

Daher ist es jetzt besonders wichtig, in sinnvolle technische Ausstattung zu investieren, die den Bedarfen der einzelnen Schulen entspricht. Pädagogisch-didaktische Konzepte sollten hier maßgeblich sein. Fortbildung und Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer muss in der Umsetzung der Digitalisierung der Schulen eine zentrale Rolle spielen, wenn die Investitionen bei den Lernenden ankommen sollen.

Fördermittel von Land und Bund stehen zur Verfügung. Sie müssen genutzt werden, auch wenn die deren zeitliche Befristung in den Entscheidungsgremien für Zeitdruck sorgt.

Wir treten dafür ein, dass

- Schulen mit besonders heterogener Schülerschaft und innovativen Konzepten bevorzugt gefördert werden.
- möglichst langes gemeinsames Lernen erfolgt.
- Integration und Inklusion intensiv durch Schulsozialarbeit begleitet werden.
- notwendige Baumaßnahmen für Integration und Inklusion zügig durchgeführt werden.
- in digitale Ausstattung, einheitliche Plattformen, praxistaugliche Konzepte investiert wird. Alle Digitalisierungsmaßnahmen bedürfen darüber hinaus der intensiven Fortbildung der Lehrkräfte.
- alle Schulen und Schulformen ihren Anforderungen entsprechend mit Finanzmitteln ausgestattet werden.

4.4 Städtische Bildungseinrichtungen weiterentwickeln: Stadtbibliothek, Musikschule, VHS

Die städtischen Bildungseinrichtungen tragen mit ihrem jeweiligen Bildungsauftrag zum gelingenden Zusammenleben, zur Begegnung, Integration, Chancengerechtigkeit, bedarfsgerechten und niederschwelligen Bildung, Weiterbildung und Orientierung in der Kommune bei.

Michael Conrad | Listenplatz 8 | Wahlbezirk 13

Als Träger der Musikschule, der Stadtbibliothek und der VHS (gemeinsam mit der Stadt Lemgo) hat die Stadt und haben die städtischen Gremien hier weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten auf das Programm, die Ausrichtung, die Schwerpunktsetzung und den Preis.

Ziel aller Einrichtungen muss es sein,

- für alle Bürgerinnen und Bürger ein attraktives, aktuelles und qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot zu unterbreiten.
- zur Chancengerechtigkeit beizutragen durch Angebote besonders für Bildungsferne, Familien, Alleinerziehende und Migranten.
- ein für jeden erreichbares und bezahlbares Angebot vorzuhalten.
- Orte des Austausches und der Begegnung in einem zunehmend anonymeren Umfeld zu sein.

Karin Schröder

Listenplatz 9

Wahlbezirk 15

Wir treten dafür ein, dass

- die städtischen Bildungseinrichtungen gezielter Angebote und Projekte zur Integration und Chancengerechtigkeit machen, entsprechende Konzepte entwickeln und umsetzen.
- sich die städtischen Bildungseinrichtungen zu Orten der Begegnung und Orientierung mit einer hohen Aufenthaltsqualität weiterentwickeln, hierzu Konzepte erarbeiten und umsetzen.
- die städtischen Bildungseinrichtungen entsprechend finanziell und personell ausgestattet werden, um diesen Zielen gerecht zu werden.
- der Medienetat der Stadtbibliothek so angepasst wird, dass ein aktuelles, attraktives Angebot vorgehalten werden kann.
- die Schulabschlussmaßnahmen an der VHS beibehalten und gefördert werden.

4.5 Kinder und Jugendliche brauchen Raum

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Ganztagsschule, Digitalisierung, neue Medien und Unterhaltungselektronik, aber auch Bewegungsmangel durch zunehmenden Verkehr oder Kinderarmut sind als Stichworte zu nennen. Das verändert auch die Kommunikation und das Verständnis zwischen den Generationen.

Kinder in Armut zu unterstützen liegt in städtischer Verantwortung. Entsprechend konzipierte

Gisela Trompeter

Listenplatz 13

Wahlbezirk 14

und gut ausgestattete Kitas und Schulen verbessern die Startbedingungen und erhöhen die Chancengerechtigkeit für alle Kinder.

Jugendliche wollen und brauchen Orte der realen Begegnung und Kommunikation, aber auch Orte, in denen sie selbstbestimmt und kreativ tätig sein können. Dies haben die Detmolder Jugendlichen in eindrucksvollen „Fridays for Future"-Aktionen deutlich gemacht. Hierbei kann die Stadt Detmold sie unterstützen.

Die traditionellen Jugendzentren erreichen einen Zusehens kleiner werdenden Teil der Jugendlichen. Sie müssen sich den geänderten Bedarfen stellen und sich konzeptionell neu aufstellen. In Institutionen und Einrichtungen wie der Musikschule, der Stadtbibliothek und der VHS gilt es zu prüfen, welchen Beitrag sie zu einer selbstverantworteten Jugendarbeit leisten können. Auch Schulen, insbesondere im Sek II-Bereich, sind aufgefordert zu prüfen, inwieweit sie über den Unterricht hinaus einen Beitrag zur Jugendarbeit leisten können.

Daneben sollte die Stadt insbesondere in eigenen Immobilien temporäre Zwischennutzungen für selbstverantwortliche Jugendtreffs ermöglichen.

Dazu ist es erforderlich, Formate zu finden, in denen Kinder und Jugendliche ihre Interessen und Forderungen selbstbestimmt entwickeln und vertreten können.

Wir treten dafür ein, dass

- die beschlossenen Mittel zur Prävention von Kinderarmut für Maßnahmen verwendet werden, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am städtischen Leben fördern.

- nicht oder zeitweise nicht genutzte, geeignete städtische Flächen und Immobilien für kreative Jugendaktivitäten bereitgestellt werden, insbesondere in den Ortsteilen.

- die Musikschule, die Stadtbibliothek und die VHS ihr Angebot in Richtung Kommunikation, Lernen und Proben in eigenverantwortlichen Gruppen von Jugendlichen erweitern und ergänzen.

- sich die bestehenden Jugendzentren konzeptionell und in ihrer Angebotsstruktur weiterentwickeln.

- Jugendhilfe, Schule und Arbeitsverwaltung beim Übergang von Schule in den Beruf besser und vernetzter zusammenarbeiten.

- geeignete Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen in der Stadt gefunden und etabliert werden, z.B. durch ein Kinder- und Jugendparlament.

4.6 Sport fördern

Der Sport und die ihn tragenden Vereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsförderung, Integration, Identifikation und zur Einübung sozialen Verhaltens.

In Detmold gibt es über 60 Sportvereine mit fast 20.000 Mitgliedern. Über 6.000 Kinder und Jugendliche sind in den Vereinen aktiv. Hunderte von ehrenamtlichen Übungsleitern und ehrenamtliches Engagement in den Vorständen machen diese Leistung überhaupt erst möglich. Sie gilt es weiterhin zu unterstützen.

Die Stadt Detmold war in den vergangenen Jahren dem Sport gegenüber immer aufgeschlossen und hat für gute Rahmenbedingungen gesorgt. Viel Geld ist in die Renovierung der Turnhallen und den Bau der Kunstrasenplätze geflossen.

Die Vereine werden von der Stadt durch eine Beteiligung an den Nebenkosten der Sporthäuser und Sportplätze unterstützt. Die Nutzung der Turnhallen ist für Detmolder Vereine kostenfrei. Zudem fördern die Stadtwerke den Detmolder Sport.

In Zukunft wird es wichtig sein, energetische Maßnahmen (z.B. LED Flutlicht, Bewegungsmelder in Sporthäusern, Dämmungen, wassersparende Duschen, effiziente Platzbewässerung) durchzuführen. Die Grünen halten die Einführung eines Anreizsystems für wichtig, um so die Vereine anzuhalten, energie- und wassersparend zu handeln.

Auch für den nichtorganisierten Sport – vor allem junger Menschen – sind in den vergangenen Jahren verschiedene Anlagen gebaut worden (z.B. die Scateranlage am Schulzentrum Mitte). Es gilt auch in der Zukunft gemeinsam mit interessierten Jugendlichen angemessene Anlagen zu schaffen, die unabhängig und ohne Vereinsbindung nutzbar sind (z.B. ein Kleinfußballfeld oder Beachvolleyballfeld).

Das Projekt Sport4Kids und die Unterstützung des schulischen Schwimmunterrichts durch städtische Bademeister halten wir für vorbildlich. Allerdings fehlt es an Schwimmkursen für Kinder außerhalb der Schule. Auch die Schwimmzeiten in den Schulen sind sehr knapp bemessen. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen. Jedes Kind sollte zum Ende der Grundschule schwimmen können. Die Stadt Detmold sollte aktiv am Aktionsplan „Schwimmen Lernen in NRW“ der Landesregierung teilnehmen.

Wir treten dafür ein, dass

- die kostenfreie Nutzung der städtischen Sportstätten für Vereine weiter möglich ist.

- bedarfsdeckende Sportplätze und Turnhallen in gutem Zustand vorhanden sind.

- öffentliche Sportanlagen in Parks u.ä. entstehen.

- die energetische Sanierung bestehender Anlagen zügig umgesetzt wird.

- die Zuschüsse an Vereine erhalten bleiben.

- verstärkt Maßnahmen zum Schwimmen lernen ergriffen werden.

5. Heute die Stadtgesellschaft von morgen entwickeln

5.1. Finanzen

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig gut funktionierende und personell gut aufgestellte Kommunalverwaltungen für die Stadtgesellschaft sind. Sie zeigt auch, dass ein Wiederbeleben des wirtschaftlichen Kreislaufes in nicht unerheblichem Umfang auf den kommunalen Investitionen beruht.

Es ist aber auch deutlich geworden, wie fragil die kommunalen Finanzen sind. Bund und Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten den Kommunen immer neue, auch finanzwirksame Aufgaben übertragen. Dabei haben sich die Länder in sehr unterschiedlicher Weise an diesen Kosten beteiligt, so dass wir heute eine bundesweit eklatant unterschiedliche Finanzausstattung der Kommunen feststellen müssen. Hier sind Bund und Länder aufgerufen, für alle Kommunen gleiche Bedingungen zu schaffen.

Auch durch die starke Abhängigkeit der Kommune von den Gewerbesteuern kommen auf die Stadt Detmold Zeiten zu, die finanziell schwieriger sein werden als dies noch vor einem halben Jahr abzusehen war.

Die Mängel in der Infrastruktur der Stadt Detmold sind trotz erheblicher Anstrengungen an vielen Stellen sichtbar. Es besteht bei der Unterhaltung von Gebäuden, Schulen, sozialen Einrichtungen, dem Kanalnetz und den Verkehrsflächen ein hoher Investitionsbedarf.

Zugleich haben die Schulden der Stadt stetig zugenommen. Die Belastung unserer Kinder und Enkel durch hohe Zinslasten bleibt.

Die wohl noch einige Zeit anhaltende Niedrigzinsphase kann hier Erleichterung schaffen. Durch sie können Investitionen vor allem in Klimaschutzmaßnahmen finanziert, aber auch die Schuldenlast verringert werden. Niedrige Zinsen bieten auch Chancen für verbesserte Leistungen im sozialen Bereich.

Michael Wirsing, Elke Wittek, Karsten Schmeissner

Dabei gilt es die Waage zu halten:

- Nur Sparen oder das Hochhalten der „schwarzen Null“ führt dazu, dringende Zukunftsinvestitionen nicht oder nicht rechtzeitig vorzunehmen.
- Investitionen und Kreditaufnahmen ohne Beachtung zukünftiger Belastungen durch steigende Zinsen bürden den nachkommenden Generationen Lasten auf.
- Die Stadt Detmold wird in Zukunft mehr denn je qualifizierte und engagierte Beschäftigte brauchen. Der Personaletat ist als „Sparschwein“ daher ungeeignet.

Wir werden in der kommenden Wahlperiode darauf achten, die Balance zwischen notwendigen Investitionen und sinnvollem Schuldenabbau zu finden und zu halten.

5.2. Solidarität als Basis

Damit Zusammenleben und Zusammenhalt gelingt, müssen alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich einbringen können. Nur eine bunte, lebendige, vielfältige und offene Stadtgesellschaft ist eine lebenswerte Gemeinschaft, in der es einen respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander gibt.
Die GRÜNEN treten für eine offene und demokratische Stadtgesellschaft ein. Dabei müssen wir uns immer wieder fragen, welche Werte und Traditionen es auch in Zukunft zu bewahren gilt und wo wir unsere Strukturen der sich ändernden Welt anpassen müssen.

Uta Kirchhübel | Listenplatz 7 | Wahlbezirk 16
Kreistagswahlbezirk Detmold I

Erhalten wollen wir das Prinzip der Solidarität. Nicht der Ellenbogengesellschaft gehört die Zukunft. Chancengerechtigkeit, soziale Teilhabe und füreinander Einstehen sind grundlegende Regeln des Zusammenlebens. Die Kommune muss Menschen in sozialen Notlagen ausreichend unterstützen. Wichtige Elemente sind materielle Hilfen, Angebote für eine bezahlbare Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine effektive Beratung und Hilfestellung durch öffentliche Dienste und Sozialarbeiter.

Wir treten dafür ein, dass

- der „Detmold-Pass“ erhalten und ggf. erweitert wird.
- das Aktionsprogramm gegen Obdachlosigkeit zusammen mit der „Herberge zur Heimat“ konsequent umgesetzt wird.
- wir gemeinsam mit dem Kreis Lippe eine Nachfolgelösung für das „Kaufhaus Allerhand“ finden.
- das „Frühwarnsystem“ zur Erkennung und Vermeidung familiärer Notlagen ausgebaut wird.
- Angebote der kommunalen Familienbildung für z.B. Alleinerziehende, Migranten etc. geschaffen werden.
- für die Drogenberatung geeignete, innenstadtnahe Räumlichkeiten und eine gute Ausstattung gewährleistet sind und entsprechende Präventionsangebote vorgehalten werden.

Mitmenschlichkeit gilt es aus GRÜNER Sicht zu bewahren und zu stärken. Sie ist ein hohes Gut. Das Zusammenstehen aller Menschen bei der Aufnahme von Geflüchteten und die Integration der Zugewanderten in die Stadtgesellschaft sind in Detmold auch durch großes ehrenamtliches Engagement auf einem guten Weg. Geflüchtete, die in einem geordneten Verfahren zu uns kommen, wollen wir menschenwürdig und freundlich aufnehmen. Wir wollen die Chance nutzen, Migrantinnen und Migranten als Bereicherung der Stadtgesellschaft zu begreifen. Ehrenamtliche Begleitung und Betreuung und eine ausreichende sprachliche und berufliche Integration der Zugewanderten sind dabei von zentraler Bedeutung.

Wir treten dafür ein, dass

- zu uns kommende Geflüchtete möglichst dezentral in allen Stadtteilen untergebracht und begleitet werden.
- jeder Zuwanderer, der nach Detmold kommt, einen Sprachkurs besuchen kann.
- die sprachliche und berufliche Integration und die Berufsausbildung von Migrantinnen und Migranten, aber auch von Langzeitarbeitslosen kommunal unterstützt wird.
- sich alle Institutionen wie Vereine, Verbände und Parteien, aber auch z.B. die Feuerwehr Detmold bemühen, Migrantinnen und Migranten zur Mitarbeit zu gewinnen.
- der Einsatz der ehrenamtlichen Betreuer und Helfer kommunal koordiniert und unterstützt wird.

Demokratie und eine offene Gesellschaft müssen gegen Angriffe von Rechtsextremen und vereinfachenden Populismus verteidigen werden. Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus in jeder Form treten wir entschieden entgegen. Wir

werden gemeinsam mit der Bürgerschaft dafür sorgen, dass Rechtsextremismus in Detmold keine Chance bekommt.

Wir treten dafür ein, dass

- keine Zusammenarbeit mit Parteien und Personen eingegangen wird, die rassistische oder demokratiefeindliche Einstellungen vertreten.
- bei kommunalpolitischen Auseinandersetzung stets die Sache im Vordergrund steht und auf persönliche Herabsetzungen verzichtet wird.

Ehrenamt in Vereinen, sozialen Organisationen, der Politik und anderswo ist gelebter Zusammenhalt und verstärkt die Verbundenheit in der Kommune.

Wir treten dafür ein, dass

- das ehrenamtliche Engagement in der Stadt Detmold finanziell und personell unterstützt wird.
- dem Ehrenamt Wertschätzung durch den Ausbau der Ehrenamtskarte, Ehrung von ehrenamtlichem Engagement durch die Kommune und weitere Vergünstigungen entgegengebracht wird.
- ehrenamtlich Tätige in allen Fragen und Problemen ihrer Tätigkeit professionell unterstützt werden.

Bürgerbeteiligung: Die moderne Stadt gilt es nicht „von oben zu regieren". Vielmehr sollen Problemlösungen im konstruktiven Dialog zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung gefunden werden. Die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger muss ausgebaut und verbessert werden. Dabei müssen allen Beteiligten die Rahmenbedingungen, die finanziellen und technischen Vorgaben benannt und transparent offengelegt werden. Nur so kann Akzeptanz bei allen Beteiligten entstehen, auch bei denen, deren Meinung sich nicht durchgesetzt hat.

Wir treten dafür ein, dass

- der begonnene Prozess der Bürgerbeteiligung intensiviert wird.
- bisher wenig oder nicht beteiligte Bevölkerungsgruppen, z.B. Kinder, Jugendliche und Migrantinnen und Migranten in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Gleichberechtigung von Frau und Mann ist trotz einzelner Fortschritte immer noch nicht erreicht. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind bzgl. Einkommen und Karriere weiter ungleich verteilt. Auch in der Stadtverwaltung Detmold fehlt es an Frauen in Führungspositionen.

Der alltägliche Sexismus, sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder sind leider immer noch traurige Realität und tief in der Gesellschaft verwurzelt. Wir GRÜNE treten entschieden für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen ein.

Wir treten dafür ein, dass

- die berufliche Gleichstellung von Frau und Mann in der Stadtverwaltung Detmold und in den städtischen Gesellschaften verwirklicht und gelebte Realität wird.
- ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden.
- durch entsprechende Öffnungszeiten und flexible Betreuungsangebote die berufliche Partizipation von Frauen und Männern erleichtert wird.
- das Frauenhaus Lippe ausreichende Kapazitäten vorhält und eine gute Qualität gewährleisten kann.

5.3 Kultur als Lebenselixier

Detmold – Kulturstadt im Teutoburger Wald – so wirbt die Stadt in allen Veröffentlichungen für sich selbst. Viele Akteurinnen und Akteure tragen dazu

bei, dass unsere Stadt diesem Zusatz gerecht werden kann. Akteure sind die große institutionelle Kulturträger wie die Hochschule für Musik, das Landestheater Detmold, das Westfälische Freilichtmuseum oder das Lippische Landesmuseum, aber auch die städtischen Einrichtungen wie die Johannes-Brahms-Musikschule, die VHS, die Stadtbibliothek, das Kulturteam der Stadt und viele Ehrenamtliche in Dorfgemeinschaftsvereinen, Partnerschaftsvereinen etc.. Viele überaus engagierte Bürgerinnen und Bürger sind langjährige Säulen unseres lebendigen und vielfältigen kulturellen Lebens und Miteinanders. Ob große Institutionen mit bildungspolitischem Auftrag oder freie bzw. alternative Kunst- und Kulturszene – Kulturschaffende bereichern das kulturelle Leben in Detmold entscheidend. Sie sind damit Standortfaktor und Wohlfühlmoment.

Wir treten dafür ein, dass

- ein vielfältiges kulturelles Angebot in Detmold erhalten und gefördert wird.
- Ortsteile mit kultureller Infrastruktur unterstützt werden.
- städtische Kulturveranstaltungen verstärkt in bisher weniger versorgten Ortsteilen (z.B. in Herberhausen) durchgeführt werden.
- etablierte und freie, alternative Kunst- und Kulturschaffende gleichberechtigt gefördert werden.
- die „Alte Pauline“ an ihrem jetzigen Standort erhalten bleibt und gefördert wird.

Theater, Konzerte, Ausstellungen, Vorträge, Diskussionsabende und vieles mehr bereichern mit ihren unterschiedlichen Ausrichtungen unser tägliches Leben. Sie erfreuen oder erschüttern, machen nachdenklich, manchmal vielleicht auch zornig. Kulturelle Veranstaltungen sind hilfreich, um eigene Standpunkte zu hinterfragen und zu überprüfen. Sie können die Neugierde auf Unbekanntes oder Fremdes wecken. Wir lernen andere Kulturkreise und kulturelle Traditionen kennen, an denen wir uns reiben, aber für die wir auch Verständnis entwickeln können.

Aus GRÜNER Sicht steht fest: Kunst und Kultur sind kein Luxusgut, sondern eine Notwendigkeit in einer lebendigen Gesellschaft. Sie schärfen durch Diskussionsanstöße unseren Blick auf die wichtigen Werte eines respektvollen Zusammenlebens in unserer Demokratie. Dazu gehören im Sinne des Grundgesetzes Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit. Themen und die künstlerischen Formen sind dabei so vielfältig wie das Leben selbst. Einschränkende nationalistische und eindimensionale Denkweisen dürfen sich nicht auf die finanzielle Unterstützung von Künstlern oder Projekten auswirken.

Wir treten dafür ein, dass

- der internationale Kulturaustausch z.B. durch Städtepartnerschaften erhalten und gefördert wird.
- das Europäische Straßentheaterfestival erhalten und gefördert wird.
- die Förderung von internationalen Kulturvereinen in unserer Stadt weitergeführt wird.
- die Begegnung von deutschen und internationalen Künstlern bei gemeinsamen Veranstaltungen intensiviert wird.
- die künstlerische Freiheit von Kulturschaffenden gewährleistet bleibt.
- die Vielfalt und Buntheit im künstlerischen Schaffen erhalten wird.

Seit vielen Jahren gibt es Angebote, die sich speziell an Kinder richten. Die vom Land geförderten Projekte „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“, „Kulturrucksack“ und „Kulturstrolche“ sind in Detmold etabliert und erfreuen sich großer Beliebtheit. Daher ist es wichtig, die einmal geweckte Neugierde auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erhalten und ihr Interesse an Kunst und Kultur weiter zu fördern. „Deine Urban Area“ ist aus unserer Sicht ein Anfang, aber es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die Wünsche der jungen Menschen zu ermitteln und auf ihre speziellen Bedarfe einzugehen. Dafür braucht es eine direkte Ansprache der Betroffenen.

Wir treten dafür ein, dass

- die Bedarfe von Jugendlichen und jungen Menschen im kulturellen Bereich ermittelt werden.
- Informationen über kulturelle Veranstaltungen zielgruppengerecht an Jugendliche weitergegeben werden.
- Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche angepasst werden.
- Räumlichkeiten für eigene kulturelle Aktivitäten junger Menschen zur Verfügung gestellt oder vermittelt werden.

Für viele Menschen ist das Ende des Berufslebens und der Eintritt in den Ruhestand ein entscheidender Einschnitt in ihrem Leben. Große Umwälzungen und Veränderungen im Alltag sind zu schultern. Hinzu kommen häufig finanzielle Einbußen. Für viele Seniorinnen und Senioren ist aufgrund der prekären finanziellen Situation eine kulturelle Teilhabe nicht mehr oder nur eingeschränkt möglich. Dabei ist gerade die fortgeführte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben die Basis um einer zunehmenden Vereinsamung, aber auch Krankheiten entgegenzuwirken.

Wir treten dafür ein, dass

- die Leistungen des Detmold-Passes im Kulturbereich ausgeweitet werden.
- die Barrierefreiheit bei allen kulturellen Veranstaltungen gewährleistet wird.

5.4 Digitalisierung als Herausforderung

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und unser Miteinander grundlegend und mit großer Geschwindigkeit. Unsere Kommunikation, die Arbeitswelt, unser Konsumverhalten, nicht zuletzt die Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern sind diesem rasanten Wandel unterworfen und bestimmen zunehmend unser Leben und Zusammenleben.

Der Digitalisierungsprozess ist mit den Umbrüchen der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Die Coronakrise hat diesen Prozess noch beschleunigt und gezeigt, welche Chancen und Möglichkeiten, aber auch welche Risiken gesellschaftlicher Entwicklung bestehen.

Der Übergang in eine zunehmend digitalisierte Welt muss so organisiert werden, dass es allen Menschen möglich ist, daran gleichberechtigt teilzunehmen. Soziale Härten müssen vermieden werden. Jeder Mensch muss das Recht und die Wahl haben, selbst über den Umgang mit der digitalen Technik zu entscheiden.

Die Transformation ist von Einzelnen oder Gruppen nicht aufzuhalten. Es kommt darauf an, den Digitalisierungsprozess sozialverträglich zu gestalten. Marktkräfte müssen reguliert und nicht sich selbst überlassen werden. Wir wollen einen Beitrag leisten, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Die Detmolder Grünen treten dafür ein, in den nächsten Jahren den gesellschaftlichen Dialog über Art, Umfang und Teilhabe am digitalen Wandel in der Stadt zu organisieren. Um alle Menschen einzubeziehen und mitzunehmen, ist eine umfassende Qualifizierung im Umgang mit der Informationstechnologie, mit neuen Medien und sozialen Netzen von zentraler Bedeutung.

Innerhalb der Kommune gibt es viele Bereiche, in denen digitale Prozesse gestaltet und begleitet werden können und müssen. Die Stadt agiert als Förderer der Wirtschaft, als Anbieter von digitalem Service, als Verwalter von Bürgerdaten, als Arbeit-

geber, als Nutzer von digitalen Angeboten und als Vermittler von Medienkompetenz. Sie kann auch Rahmenbedingungen setzen, z.B. für den Handel. In all diesen Bereichen und Themenfeldern gilt es, die Entscheidungsspielräume der Kommunalpolitik wahrzunehmen.

Wir treten dafür ein, dass

- die Stadt die technischen Voraussetzungen und Infrastrukturen schafft, veranlasst oder fördert, die für eine gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an digitalen Prozessen und Dienstleistungen notwendig sind.
- die Stadtverwaltung Detmold den Ausbau digitaler Dienstleistungen und e-Government-Prozesse so organisiert, dass eine gleichberechtigte Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist.
- die Stadt Detmold Gewerbe, Einzelhandel und Gastronomie insbesondere in der Innenstadt bei der Entwicklung zu einem kombinierten stationären und online-Betrieb unterstützt.
- bei der Beschaffung technischer Ausstattung Faktoren wie Support, Schulung und Ausbildung sowie Ressourcenschonung und Energieeffizienz beachtet werden.

Die Coronakrise hat gezeigt, dass der Zugang zu digitaler Infrastruktur in der Gesellschaft höchst ungleich verteilt ist.

Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, an politischen Entscheidungsprozessen, aber auch die Bildungschancen sind in hohem Maße davon abhängig, dass die Menschen über die entsprechende technische Ausstattung und die notwendige Qualifikation im Umgang mit der Technik verfügen. Nicht zuletzt haben wir Ungleichheiten während der Coronazeit an der höchst unterschiedlichen Ausstattung der Schulen gesehen.

- die Stadt Detmold im Rahmen ihrer Aufgabe als Schulträger alle Schulen, allen Schülerinnen und Schülern auf gleichem Niveau den Zugang zu digitalen Unterrichts- und Lernformaten ermöglicht.
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Bildungseinrichtungen in der Anwendung und Vermittlung digitaler Techniken geschult werden.
- der wissenschaftliche Diskurs über die möglichen gesundheitlichen Folgen der Digitalisierung verfolgt wird, um ggf. Konsequenzen zu ziehen.

5.5 Nachsatz

Die Coronazeit hat vor allem eins gezeigt:

Das wahre Leben ist nicht digital. Kein soziales Netzwerk kann menschliche Begegnung ersetzen, ein Konzert ist immer schöner im Saal als auf dem Handy, kein Film ersetzt die Bewegung in der Natur, kein Home-Office ersetzt auf Dauer den Kontakt zu Kollegen. Wir haben den hohen Wert des Flanierens, Verweilens und Einkaufens in einer lebenswerten Innenstadt erlebt. Eine menschliche Gesellschaft, eine lebendige Stadtgesellschaft, unsere Demokratie, kann nicht virtuell sein.

Sie ist real und muss erhalten und entwickelt werden. Dazu haben wir Grünen im vorliegenden Programm unsere Vorschläge unterbreitet und bitten um Ihre Stimme. Seien Sie dabei, wenn Detmold GRÜNER wird.

Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlbezirken:		
WK-Nr.	**Beschreibung / Ort**	**Name**
1	Innenstadt	Wulf Herrmann
2	Hinter der Bahn, Lagesche Straße	Karsten Schmeißner
3	Detmold West, Georgstraße	Dagmar Reese
4	Detmold Nord, Brunnenstraße, Richthofenstraße	Friedhelm Böger
5	Detmold Süd, Alter Postweg, Willi-Hofmann-Straße	Dr. Birgit Meyer-Ehlert
6	Detmold Süd, Bandelberg, Hans-Hinrichs-Straße, Schanze	Walter Neuling
7	Detmold Süd, Hiddeser Berg	Monika Ostmeier
8	Detmold Süd, Bielefelder Straße, Elisabethstraße	Elke Wittek
9	Jerxen-Orbke, Niewald, Öttern-Bremke	Thomas Walkenhorst
10	Bentrup-Loßbruch, Klüt, Brokhausen	Dirk Brinkschmidt
11	Detmold Nord, Hakedahl, Herberhausen	Michael Wiersing
12	Barkhausen, Mosebeck, Vahlhausen, Schönhagen, Diestelbruch	Klaus Michael
13	Spork-Eichholz, Blomberger Straße, Gilde	Michael Conrad
14	Remmighausen, Spork-Eichholz, Schönemark	Gisela Trompeter
15	Berlebeck, Schling	Karin Schröder
16	Heiligenkirchen, Hornoldendorf	Uta Kirchhübel
17	Hiddesen Süd	Benjamin Dally
18	Hiddesen Nord-West	Uta Bellion
19	Heidenoldendorf Dorfkern	Walter Sauter
20	Heidenoldendorf, Schwarzenbrink	Michael Brieden-Segler
21	Pivitsheide, Nienhagen	Gudrun Rehmann
22	Pivitsheide VL, Kussel, Süd	Karlheinz Seiler
23	Pivitsheide VH, Nord	Birgit Reher

	Reserveliste
	Name
1	Elke Wittek
2	Walter Neuling
3	Dr. Birgit Meyer-Ehlert
4	Wulf Herrmann
5	Uta Bellion
6	Karsten Schmeißner
7	Uta Kirchhübel
8	Michael Conrad
9	Karin Schröder
10	Friedhelm Böger
11	Birgit Reher
12	Benjamin Dally
13	Gisela Trompeter
14	Klaus Michael
15	Dagmar Reese
16	Michael Wiersing
17	Monika Ostmeier
18	Walter Sauter
19	Frank Harmann
20	Karlheinz Seiler
21	Gudrun Rehmann
22	Christian Langner
23	Iradj Motadel
24	George Plaschke
25	Thomas Walkenhorst
26	Dirk Brinkschmidt
27	Michael Brieden-Segler

Kreiswahlbezirke	
Detmold I	Uta Kirchhübel
Detmold II	Karlheinz Seiler
Detmold III	Dr. Inga Kretzschmar
Detmold VI	Monika Ostmeier
Detmold V	Wulf Herrmann
Detmold VI	Walter Sauter

Landratskandidat
Robin Wagener

Kandidaten Integrationsrat
Nilufar Kayumova
Michael Wiersing

Weitere Informationen:

- Das Wahlprogramm für Detmold
- Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat Detmold, den Kreistag Lippe und den Integrationsrat Detmold
- Veranstaltungen und Informationsstände

www.gruene-detmold.de
www.gruene-lippe.de

Kontakt und Impressum

Büro OV Detmold

Meierstraße 17
(Eingang Grabenstraße)
32756 Detmold

Geöffnet

Montag	13:00h – 17:00 Uhr
Dienstag	10:00h – 14:00 Uhr
Donnerstag	13:00 – 17:00 Uhr
Samstag	10:00h – 14:00 Uhr

Telefon : 05231 390766
e-mail: gruene-detmold@web.de

Büro Kreisverband Lippe:

Paulinenstraße 89, 32756 Detmold

Geöffnet:

Montag	10:00h bis 13:00h,
Dienstag	13:00h bis 17:00h,
Mittwoch	10.00h – 13.00h
Donnerstag	13.00h – 17.00h

Telefon: 05231/ 9621593
e-mail: info@gruene-lippe.de

Bildnachweis

Porträt- und Gruppenfotos: Heinz Wernecke
Pixabay : S. 62 Rudy and Peter Skitterians,
S. 37 Hans Braxmeier
S. 23, 29, 32, 35, 39 Christel Linkerhägner

Druck: dieumweltdruckerei ,

Stand: Detmold, Juli 2020

V.i.S.d.P Walter Neuling

www.gruene-detmold.de

www.gruene-lippe.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
DETMOLD